

MOBILISIERUNGSZEITUNG ZUM EUROPAWEITEN AKTIONSTAG GEGEN DEN KAPITALISMUS

DEMONSTRATION - SAMSTAG, 31. MÄRZ 2012 - FRANKFURT AM MAIN - HAUPTBAHNHOF - 14 UHR



EUROPEAN DAY OF ACTION AGAINST CAPITALISM
DÍA EUROPEO DE ACCIÓN CONTRA EL CAPITALISMO
JOURNÉE D'ACTION EUROPÉENNE CONTRE LE CAPITALISME
EUROPÄISCHER AKTIONSTAG GEGEN DEN KAPITALISMUS
EUROPEJSKI DZIEŃ PRZECIWKO KAPITALIZMOWI
AVRUPA`DA KAPITALIZME KARSI EYLEM GÜNÜ
ΕΥΡΩΠΑΪΚΗ ΗΜΕΡΑ ΔΡΑΣΗΣ ΕΝΑΝΤΙΑ ΣΤΟΝ ΚΑΠΙΤΑΛΙΣΜΟ
GIORNATA EUROPEA DI AZIONE CONTRO IL CAPITALISMO

JOINT MANIFESTATIONS AND ACTION IN MANY EUROPEAN CITIES

EUROPÄISCHER AKTIONSTAG GEGEN DEN KAPITALISMUS

Seit Monaten spitzt sich die Kredit- und Schuldenkrise in der EU (und global) zu. Auf immer neuen Regierungskonferenzen werden Notprogramme beschlossen, um den Kapitalismus in Europa zu sanieren. Glaubt man Politik und Medien, drohen sonst Zusammenbruch, Rezession und neue Armut. Mit diesem Drohszenario werden marktradikale Reformen durchgesetzt, die unsere Gesellschaft und unser Leben auf Jahrzehnte bestimmen – wenn wir uns nicht wehren. In den ersten Jahren der Krise hieß es, der Kapitalismus müsse gezügelt werden. Banken und Konzerne sollten einen Teil der Lasten tragen, die sie selbst mit verursacht hatten. Doch gerade passiert das genaue Gegenteil: Die Herrschenden in der EU, ihren Mitglieds- und Beitrittsstaaten setzen auf mehr „Wettbewerb“ und einen brutalen Sparkurs, um das „Vertrauen“ und die Profite der Privatwirtschaft zu sichern. Für einen Großteil der Bevölkerung bedeutet dies eine zunehmende Verarmung und Verschärfung ihrer Lebensbedingungen. Es zeigt sich: Kapitalismus heißt Krise und Ohnmacht, Armut inmitten von Reichtum. Organisieren wir uns für eine bessere Gesellschaft!

DIE KRISE HAT SYSTEM

Die kapitalistische Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte hat die Konkurrenz der Unternehmen und Standorte intensiviert. Alle führenden Industriestaaten haben ihre Märkte umfassend dereguliert. Sie haben soziale Sicherheiten gestrichen, öffentliche Güter privatisiert, die Rechte von Lohnabhängigen beschnitten und soziale Kontrollen verschärft, im Interesse eines möglichst ungehinderten kapitalistischen Wachstums. Doch selbst in Europa, auf der Sonnenseite dieses weltweiten Systems, wird unser Leben von Jahr zu Jahr unsicherer, und die soziale Spaltung nimmt zu. Diese Entwicklung belastet alles: wie wir lernen, wie wir arbeiten, wie wir mit einander umgehen. In den sogenannten „aufstrebenden Märkten“ herrscht ohnehin eine permanente soziale Krise: Enteignung und skrupellose Ausbeutung mit staatlicher Rückendeckung, für ein nationales Wachstum das nur Privilegierten zu Gute kommt. Die neoliberale Transformation hat auch die Finanzmärkte überkochen lassen. Ob DotCom-Boom, Immobilienfonds oder Derivatehandel – seit Jahren platzen die Spekulationsblasen, auf jeden Boom folgt ein Einbruch. Schuld daran sind nicht „Gier“ und „Korruption“ einer kleinen Elite, wie viele glauben. Schuld ist die alltägliche Profitlogik, der wir alle unterworfen sind, ob wir wollen oder nicht. Doch diese Verhältnisse sind von Menschen gemacht und können daher auch von uns verändert werden.

DAS EU-REGIME KNACKEN

2011 ist die europäische Schulden- und Währungskrise eskaliert. Einige Staaten stehen vor dem Bankrott, und gefährden damit den Euro. Vordergründig haben diese Staaten

„über ihre Verhältnisse gelebt“, und gelten jetzt als „Schuldensünder“. Mit dem Versuch über Schulden kapitalistisches Wachstum anzustoßen, taten sie was alle tun, nur weniger erfolgreich. Ihre Unterstützung durch die Europäische Zentralbank (EZB) und den milliardenschweren „Rettungsfonds“ ESM ist an rücksichtslose Auflagen gebunden. Eine europäische „Schuldenbremse“ soll „die Märkte beruhigen“, natürlich zu Lasten der Lohnabhängigen und Erwerbslosen. Private Profite werden dagegen nicht angetastet. Ähnlich ergeht es den ost- und südosteuropäischen Beitrittskandidaten, die von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) zu umfassenden Kürzungen und Privatisierungsprogrammen genötigt werden. All das soll das krisenträchtige Wettbewerbsregime der EU schützen, und natürlich die Ansprüche der dominanten Ökonomien Kerneuropas: Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs konnten ihre Interessen fast ungehindert durchsetzen. Kein Zweifel, in vielen Ländern gab es heftigen Protest. Allerdings traten dabei die großen nationalen Gewerkschaften als Schützer ihrer Standortinteressen auf, und forderten allenfalls soziale Trostpflaster. Gleichzeitig sind jedoch überall Basisinitiativen entstanden, um die eigene politische Ohnmacht zu überwinden – hieran gilt es anzuschließen. Denn wenn sich etwas ändern soll, müssen wir selbst dafür sorgen.

UNSER LEBEN IN UNSERE HÄNDE

Die europäische Krisenpolitik ist so spekulativ wie es der Kapitalismus immer war. Denn schärferes Sparen gefährdet die ökonomische Stabilität genau so wie Wachstum auf Pump. Es gibt im Kapitalismus keinen sicheren Weg, nur permanentes Krisenmanagement. Sollen wir unser Leben dafür verschwenden? Besser wir kämpfen gemeinsam gegen das Diktat des Kapitalismus, und organisieren uns endlich europaweit. Der Europäische Aktionstag am 31. März 2012 ist dafür ein erster Schritt. Unsere Demonstrationen in Griechenland, Spanien, Deutschland anderen europäischen Staaten sind mehr als ein Zeichen antikapitalistischer Solidarität. Sie sind schon jetzt Teil einer europaweiten Diskussion und Vernetzung. Wir laden alle emanzipatorischen Initiativen ein, diesen Prozess mit zu gestalten. Wir müssen uns außerhalb der staatstragenden Institutionen organisieren, und einen langen Atem haben. Obwohl die Krise in den europäischen Ländern oft sehr unterschiedlich verläuft, haben wir ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Kapitalismus nicht retten, sondern überwinden. Wir widersetzen uns nationaler Interessenpolitik und nationalistischer Krisenideologie. Die Verteidigung bestehender sozialer Rechte ist wichtig, aber unsere Perspektive muss weiter sein. Wir müssen die fatalen Zwänge des Kapitalismus brechen. „Echte Demokratie“, wie sie in vielen Protesten gefordert wird, das geht nur ohne Kapitalismus, ohne Staat und ohne Nationalismus!

Liebe Leute.

das hier ist eine Zeitung zum europaweiten Aktionstag gegen Kapitalismus am 31. März. Für diesen Tag planen linke Gruppen in Griechenland, Spanien, Deutschland und vielen weiteren Ländern, Demonstrationen, Aktionen und Veranstaltungen gegen die Krisenpolitik der europäischen Staaten. Uns geht es hierbei nicht darum, irgendwelche systemerhaltenden Maßnahmen zu propagieren, den Euro zu retten, deutsche Interessen zu vertreten oder um konkrete Vorschläge, wie irgendwelche Sparpakete besser geschnürt werden sollen!

Im Gegenteil, wir wollen in dieser Zeitung zeigen, welche Zumutungen, die längst die Lebensgrundlagen und Existenz vieler Menschen bedrohen und zerstören wir auf uns nehmen, um den Kapitalismus am Laufen zu halten. Denn Krisen, wie die derzeitige, die große Teile der Menschen ins Elend stürzen, sind nicht die Ausnahme im Kapitalismus, sondern sind schon in ihm angelegt. Und deshalb ist es falsch, Missmanagement, die angebliche „Faulheit der Griechen“, gierige Banker_innen, oder die hohen Staatsschulden für die Krise verantwortlich zu machen, wie es in den herrschenden Krisenanalysen von Staat und Kapital in den bürgerlichen Medien propagiert wird.

Wir wollen den Kapitalismus also nicht noch immer weiter auf Kosten der meisten Menschen retten, sondern diese unsinnige Ordnung abschaffen!

Denn ganz grundsätzlich geht es in dieser Ordnung nicht um ein gutes Leben für die Menschen. Statt dessen geht es um Profit und Konkurrenz. Gewährleistet durch die Staaten, aufrecht gehalten auf dem Rücken der Menschen und mitgetragen von allen möglichen Vorstellungen darüber, warum immer nur bestimmte Menschengruppen für diejenigen Probleme verantwortlich seien, die dabei immer wieder auftauchen.

Denn da, wo gesellschaftliche Weiterentwicklung nicht am vernünftigen Aushandeln von menschlichen Interessen oder am genüsslichen Verteilen von menschlichem Reichtum, sondern an der technokratischen Erfüllung vermeintlicher Sachzwänge wie Profit und Konkurrenz gemessen wird – kommt es natürlich besonders oft zu Ungereimtheiten und Krisen, zu scheinbaren Gewinner_innen und tatsächlichen Verlierer_innen, zu Hochmut und Neid, zu Abgrenzung und Hass. Die kapitalistische Rechnung von fortwährendem Angebot mit fortwährender Nachfrage geht nämlich nicht auf: Es kann einfach nicht immer so produziert werden, dass genug Lohnarbeit auf genug Kaufkraft trifft und alle auch noch durch sprudelnde Steuern und freundliche Leistungen ihres Staates beglückt werden. Und deshalb entstehen immer wieder erklärungsbedürftige Lücken in Arbeitslosenstatistiken, Sozialabgaben und Finanzhaushalten.

Schuldige sind dann immer schnell gefunden. Egal, ob aktuell „die faulen Griechen“ und „die gierigen Banker“, oder klassisch „die schmarotzenden Ausländer“ und „die ungenügsamen Lohnabhängigen“ an den Pranger gestellt werden: Immer wieder werden bestimmte Menschengruppen für Dinge verantwortlich gemacht, die doch eigentlich auf die irrationale Logik des Kapitalismus zurückzuführen wären. Betrieben wird dieser Sündenbock-Populismus aus den verschiedensten Ecken und mit verschiedenen Perspektiven. Rechte Hardliner_innen, empörte Bürger_innen und liberale Regierungen haben dabei natürlich ganz unterschiedliche Interessen und eine ebenso unterschiedliche Rhetorik. Doch letztlich wollen sie damit das Gleiche: Probleme auf greifbare Schuldige abwälzen. Besonders drastische Konsequenzen hat das beispielsweise dann, wenn die Menschen in Griechenland an den Rand ihrer Existenz

gespart werden und noch mehr, wenn Migrant_innen an den EU-Außengrenzen im Meer ertrinken.

Was für eine verkehrte Welt! Dabei könnte es so schön sein. In unseren Zeiten von gigantischer Überproduktion, grenzenloser Kommunikation und selbstverständlichem 3D-Kino wäre ein schönes Leben für alle und überall so einfach denkbar.

Dass das schöne Leben in einer befreiten Gesellschaft momentan nach exotischer Utopie klingt, hängt natürlich nicht alleine am Kapitalismus. Die konservative Trägheit gegen emanzipatorische Veränderungen und die leichtfertige Bereitschaft für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit liegen an noch vielen weiten sozialen und psychischen Gründen. Doch mit seiner irrationalen Zielsetzung von Profit anstatt von Glück schafft der Kapitalismus nicht nur selbst viele solcher Probleme – indem seine Logik für so viele Menschen selbstverständlich ist, trägt er schon als Gedankenform einiges dazu bei, dass emanzipatorische Veränderungen in dieser verkehrten Welt kaum ein Rolle spielen.

Weshalb also nochmal diese Zeitung? Geht es jetzt um den Kapitalismus, um spezielle Menschenfeindlichkeiten oder doch um die Möglichkeit von emanzipatorischen Veränderungen? Natürlich geht es um alles: Wir wollten hier Raum schaffen, um neben den zentralen Aufrufen auch Schlaglichter auf besondere Aspekte der europäischen (Krisen-)Politik zu werfen, Euch einen Eindruck der Verhältnisse in Griechenland und Ungarn geben, zeigen was der Bau der Europäischen Zentralbank im Frankfurter Ostend alles anrichtet und vieles mehr. Lest selbst!

sozialrevolutionäres & antinationales Krisenbündnis

PROJEKT GEGENMACHT

EINE ANTIKAPITALISTISCHE PERSPEKTIVE ERWÄCHST NUR AUS DEN SOZIALEN KÄMPFEN DER GEGENWART

Die Krise ist ein Resultat der Verhältnisse, in denen die gesellschaftlichen Akteure un- ausgesetzt ihre Rolle spielen – nur allzu gut. Dass der Fehler im berüchtigten „System“ liegt, entgeht mittlerweile kaum jemandem. „Hat die Linke nicht am Ende Recht?“, fragte sich unlängst Charles Moore, konservativer Publizist und Biograph Margaret Thatchers – und löste damit eine kleine „bürgerliche Systemdebatte“ aus. Auch den Regierungen fällt es immer schwerer, ein Spiel schmackhaft zu machen, dessen Betrugsmaschen offensichtlich sind. Dennoch wird im Protokoll fortgefahren, rattert die Umverteilungsmaschinerie weiter. Ökonomie ist eben kein moralisches Feld, sondern eine Frage von Interessen, von Besitz- und Machtverhältnissen.

Gut ablesen lässt sich das an der Rolle Deutschlands in der Euro-Krise, etwa im Fall von Griechenland, das zu einem Protektorat der neuen europäischen Führungsmacht verkommen ist. International wird die Bundesregierung mittlerweile heftig dafür kritisiert, dass sie das Land „kaputtsparen“ würde. Tatsächlich ist die Wirtschaft des Landes durch die Maßnahmen der sogenannte Troika, die unter deutscher Federführung durchgesetzt wurden, erst so richtig eingebrochen, sind Arbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit dramatisch angestiegen. Ein Kurswechsel in der europäischen Krisenpolitik zeichnet sich dennoch nicht ab. Im Gegenteil: Die griechische Tragödie wird zum Modell für Europa erhoben.

Dass sich Deutschland dieses Gewicht in Europa verschaffen und den Sparknüppel schwingen konnte, hängt mit der deutschen Niedriglohnpolitik zusammen. Auch daran besteht in der internationalen Debatte kaum mehr ein Zweifel. So legte die Internationale Arbeitsorganisation der UNO in einem aktuellen Bericht dar, dass durch die moderaten Lohnabschlüsse in Deutschland andere „Volkswirtschaften unter Druck geraten“ seien. Der Wettbewerbsvorteil der deutschen Exportwirtschaft habe in diesen Ländern „nachteilige Folgen für die Tragfähigkeit der Finanzen“ gehabt. Dafür sind auch die deutschen Gewerkschaften verantwortlich. Schließlich sind sie ein integraler Teil der Arbeitsbeziehungen und Lohnsetzungsprozesse. Als soziale Disziplinierungsmaschinen haben sie der aggressiven deutschen Standortpolitik die Rückendeckung gegeben.

Auch die radikale Linke in Deutschland, wo Krisenunmut einfach nicht in Widerstand umschlägt, muss sich fragen, ob sie es nicht versäumt hat, an den richtigen Bruchstellen anzusetzen. In Deutschland steht nun mal nicht die Revolution auf der Tagesordnung, hier geht es um grundlegende Schritte. Um den „Widerstand gegen die Abwälzung der Krise auf die Bevölkerung zu organisieren“, mahnte bereits im Sommer 2010 Dörthe Stein von der FAU Frankfurt, „sind längerfristige Bemühungen nötig, die direkt bei den sozialen Bedingungen ansetzen, zum Beispiel, indem der von DGB und Arbeitgebern organisierte Betriebsfrieden gebrochen wird.“ Dass im Land mit einem der geringsten Streikaukommen der Welt sonderliche Bewegungsbedingungen vorherrschen, ist der deutschen Linken in

der Krise zur Gewissheit geworden. Doch zum Kern des Problems wagt sich kaum jemand vor: In Form von Korporatismus und tendenzieller Einheitsgewerkschaft herrscht hier ein Arbeitsbeziehungsmodell vor, wie es vorwiegend in autoritären Regimen existiert – ein zentraler Baustein der „Technik des sozialen Friedens“ (Johannes Agnoli). Bisher hat die Linke kaum Ansätze entfaltet, die einen Keil in dieses Bollwerk treiben könnten.

Kämpferische Gewerkschaften und offensiver Lohnkampf als linke Krisenantwort? Manch einer mag darin den berüchtigten „Reformismus“ ausmachen, der dann doch nur wieder den Kapitalismus stützen würde. Doch so einfach ist das nicht. Jedem gesellschaftlichen Wandel wohnt eine Dialektik inne. Er vollzieht sich niemals absolut, sondern anhand von begrenzten Konfrontationen mit der Realität, die größere Dynamiken freisetzen können. Mit diesen Kämpfen – Albert Camus nannte sie den „Ursprung der Revolte“ – lassen sich nicht nur die schlimmsten Verwerfungen abwehren, in ihnen entwickeln wir überhaupt erst die organisatorischen und kulturellen Instrumente, um die Säulen der wirtschaftlichen Ordnung abzureißen.

Bereits zu Beginn der Krise, in der viele zunächst das revolutionäre Morgenrot sahen, schrieb die Direkte Aktion: „Eine Krise ohne eine vitale und bewusste Arbeiterbewegung ist eher eine Chance für die Reaktion als für den Fortschritt. Eine Bewegung, die das ignoriert, wird von den Ereignissen überrollt und muss mit ansehen, wie die Geschichte einen dunklen Weg nimmt.“ Heute, wo wir in Frankfurt unter anderem gegen die zunehmende Autoritarisierung Europas demonstrieren, hat sich dies als bittere Wahrheit erwiesen. Und solange die Linke keine Strategie verfolgt, die den Betroffenen der Krise bereits im Hier und Jetzt von konkretem Nutzen ist, werden autoritäre Kräfte weiter aus der Krise Kapital schlagen.

Am Aufbau von Kampf- und Transformationsorganisationen – sei es als Lohnabhängige, MieterInnen oder KonsumentInnen – scheint kein Weg vorbeizugehen. Es erfordert umfassende Organisierungsbemühungen in täglichen Kämpfen, wenn das strukturelle Machtungleichgewicht des Kapitalismus ins Wanken gebracht werden soll. Sonst bleibt die linke Losung „Wir zahlen nicht für eure Krise“ nichts als Mobilisierungsrhetorik und wird die Krisendynamik auf einer anderen Welle reiten. Erforderlich sind Ansätze, die nachhaltige Zäsuren ermöglichen und die Abhängigkeit vom Staat in der sozialen Frage mindern: Strukturen sozialer und wirtschaftlicher Gegenmacht. Durch eine solche Autonomie der bewegten Basis verliert die offizielle Politik ihre Legitimität als vermeintliche Vermittlerin zwischen Sozialem und Wirtschaftlichem. Zugleich wird damit autoritären Reflexen und Krisenlösungen kein Vorschub geleistet. Dann – vermutlich nur dann – könnte die Krise auch eine soziale Chance sein.

Holger Marcks (FAU Berlin) - Weitere Infos auf www.krisenblog.org

GRIECHENLAND - SPARDIKTAT PRODUZIERT OBDACHLOSE UND TODESOPFER - MILITÄRAUSGABEN BLEIBEN UNGEKÜRZT

In der Nacht auf den 13. Februar 2012 hat das griechische Parlament das neue Diktat der Troika aus Europäischer Union (EU), Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB) verabschiedet. Es beinhaltet weitere massive Gehalts- und Rentenkürzungen sowie Massenentlassungen im staatlichen Sektor. Allein in Athen waren bis tief in die Nacht mehrere hunderttausend Menschen ins Zentrum geströmt und hatten sich heftige Straßenschlachten mit den Sondereinsatzkommandos der Polizei geliefert. Auch in Thessaloniki, Vólos, Pátras, Agrínio, auf Kreta und Kérfyra kam es zu Auseinandersetzungen. Banken und staatliche Gebäude wurden in Brand gesteckt oder besetzt.

Dass die Politik der Troika nicht nur die Bevölkerung sondern auch die griechische Wirtschaft zugrunde richtet, ist mittlerweile bekannt. Dass sie für den Tod tausender GriechInnen direkt verantwortlich ist, wird ausgeblendet. Laut Mitte Februar veröffentlichter Zahlen der griechischen Statistikbehörde ist die Wirtschaftsleistung des Landes 2011 erneut massiv eingebrochen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging um 6,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück. Bereits 2010 war es um 5,5 Prozent geschrumpft. Ursache der rasanten Talfahrt ist die aufoktroierte Sparpolitik, die die Wirtschaft stranguliert. Offiziell waren Ende 2011 bei einer Arbeitslosenquote von 20,9 Prozent erstmals mehr als eine Millionen GriechInnen arbeitslos. Inoffizielle Schätzungen gehen von über 30 Prozent Arbeitslosigkeit aus. Hinter den Zahlen verbergen sich zunehmend menschliche Tragödien – denn Sparen kann tödlich sein. Bei



den immer mehr werdenden Obdachlosen sind Todesopfer durch Erfrieren zu beklagen. Selbstmord durch Selbstverbrennung beging ein arbeits- und obdachloser Mann auf der Insel Lefkáda. Wirtschaftliche Perspektivlosigkeit wird als Grund für die rasant gestiegene Selbstmordrate ist in den letzten beiden Jahren genannt. Darüber hinaus sind zunehmend Menschen von der medizinischen Versorgung ausgeschlossen. Staatliche Gesundheitszentren, die die Grundversorgung in den ländlichen Gebieten sicherstellten, wurden aus Geldmangel geschlossen. Den Krankenhäusern fehlt es an Verbandsmaterial und Medikamenten, lebenswichtige Operationen werden oft monatelang hinausgezögert. Statt der durchschnittlich 11.000 Bypass-Operationen jährlich wurden 2011 nur 9.000 durchgeführt. Bei mindestens 2000 Menschen wurde eigentlich notwendige Operationen verschoben. Wie viele von ihnen starben ist unbekannt. Zudem weigern sich immer mehr Apotheken, Medikamente auf Rezept auszugeben, weil die Krankenversicherungen nicht in der Lage sind, die Kosten zu erstatten. Da die Arzneimittelhersteller nur noch gegen Vorkasse liefern, sollen PatientInnen ihre Medikamente nun selbst vorfinanzieren und auf die Rückerstattung durch die Krankenkassen hoffen. Für Krebspatienten und chronisch Kranke, die auf teure Medikamente angewiesen sind, ist dies bei 500,- Euro Rente schlicht unmöglich und bedeutet vielfach das Todesurteil. Weder die griechische Regierung noch die EU-Bürokratie haben Interesse daran, die Opfer zu zählen. Sicher ist nur, dass sich die medizinische Versorgung weiter verschlechtern wird. Durch erneute Kürzungen im Gesundheitssektor sollen 2012 weitere 800 Millionen Euro eingespart werden. Überhaupt treffen die beschlossenen Kürzungen einmal mehr nur die Lohnabhängigen. Es drängt sich regelrecht der Verdacht auf, hier werde erprobt, wie weit man es treiben kann, bis die griechische Bevölkerung endgültig ausrastet. Sollten die sozialen Aufstände unkontrollierbar werden, könnte dies zu einer offenen Abkehr von der Demokratie führen. Die Bereitwilligkeit der Troika, elementare demokratische Regeln zu ignorieren, lässt

für den wahrscheinlichen Fall einer weiteren Eskalation nichts Gutes erwarten. Dazu passend ist nur ein Haushaltsbereich von den Sparmaßnahmen ausgenommen. Die horrenden Militärausgaben Griechenlands werden nicht gekürzt. Nach Angaben des für die französischen Grünen im EU-Parlament sitzenden Daniel Cohn-Bendit bestanden die Hauptwaffenlieferanten Deutschland und Frankreich darauf, dass keine Aufträge storniert werden.

DAS LEBEN IN DIE EIGENEN HÄNDE NEHMEN

Inmitten der zusammenbrechenden Wirtschaft und einer auseinanderfallenden Gesellschaft treten immer mehr Menschen die Flucht nach vorne an. Die Plünderung von Supermärkten, die Besetzung staatlichen Landes zur Lebensmittelproduktion, die Gründung von Kollektiven, oder die Verweigerung der Autobahnmaut, Steuerboykott und organisierter Stromklau, viele greifen zur direkten Aktion, um sich der kapitalistischen Angriffe zu erwehren. Seit Anfang Februar hat die Belegschaft des Allgemeinen Krankenhauses in der nordgriechischen Kleinstadt Kilkís den Betrieb des Krankenhauses in Selbstverwaltung übernommen. Alle Entscheidungen werden seitdem von der Vollversammlung getroffen. Auch die linksliberale Athener Tageszeitung Eleftherotypía ist symptomatisch für den neuen Trend. Sie ist eine der größten Tageszeitungen Griechenlands und war zuletzt am 21. Dezember 2011 erschienen. Seitdem streikten die 800 Beschäftigten, weil sie seit August 2011 keine Gehälter mehr ausbezahlt bekamen. Seit 15. Februar erscheint die Zeitung erneut - diesmal in Selbstverwaltung. JournalistInnen sind genauso beteiligt wie TechnikerInnen und GrafikerInnen. Damit schließt sich ein Kreis. Die Eleftherotypía war 1975 aus einem großen Journalistenstreik hervorgegangen. Es ging um den Wiederaufbau der Gesellschaft nach der Diktatur.

FAU-Frankfurt

DER RISS GEHT TIEFER – NEHMEN WIR ALLES IN UNSERE HAND!

Bei dem folgenden Gastbeitrag der Athener Zeitung „Dra-si“ handelt es sich um einen Aufruf zu Protesten für den 19. Februar.

Mit Aufkommen der Dezember-Bewegung 2008 (Anm. d. Red.: Ermordung des 16-jährigen Alexis Grigouropoulos durch einen Polizisten) – insbesondere seit 2010–sieht sich die gegen die Gesellschaft gerichtete, aggressive Offensive des Staates und der Herrschenden (lokal und international) mit massenhaften Gegenmobilisierungen konfrontiert. Seit den Massendemonstrationen aus der Phase der Unterschrift des ersten Memorandum (Anm. d. Red.: Bekanntmachung) bis zu den Versammlungen auf den Plätzen im letzten Sommer, erleben wir eine Intensivierung sozialer Widerstände – sowohl was die Massen angeht, als auch bei der emanzipatorischen Selbstorganisation. Der 12. Februar hätte ebenfalls ein Teil der Proteste sein können, aber es geschah anders. Die Menschen auf dem Syntagma-Platz stellten bereits im Sommer die Frage „wer entscheidet für wen?“ und mobilisierten als Konsequenz gegen die Regierung und das Parlament. Doch am 12. Februar erlebten wir den Bruch mit dem gesamten Staatsapparat; jener Staatsapparat, der das aktuelle politische und wirtschaftliche System unterstützt, pflegt und letztendlich reproduziert, ist unerwünscht und katastrophal verunglückt. Die Beteiligung an diesem Tag hat alles bisherige übertroffen. Vor allem die Kampfbereitschaft, sowie die Geduld tausender Menschen als Reaktion auf die polizeilichen

Angriffe, hat gezeigt, dass wir in eine neue Phase des sozialen Kampfes eingetreten sind. Seit diesem Tag benötigt der Appell gegen Staat und Politik eine eindeutig aggressivere und entschlossener Praxis. Der äußerst gewaltvolle Angriff der Polizei – mit Prügelat-tacken, Verhaftungen und Trängengas auf die versammelte Menschenmenge – hat eine dynamische Reaktion hervorgerufen. So gelang es den Einsatzkräften selbst nach Stunden nicht, die sich zu Wehr setzende Menge auseinander zu treiben. Aus der Reihe der Regierenden, versucht sich der Athener Bürgermeister Giorgos Kaminis einen besonderen Platz zu sichern. Kaminis, dem die Aufstandsbekämpfungseinheit MAT unterstellt ist, mitverantwortlich für die rassistischen Pogrome, das soziale Chaos; er ist es, der seine Rolle als „Anwalt der Herrschaft“ beweisen wollte, indem er die Verhaftung sowie die Anzeige der Besetzer_innen des Athener Rathauses forcierte. Der von den Massen-



medien und dem Spektrum des politischen Systems offenkundige Versuch der Verdrehung der Realität und ihr gewaltvolles Vorgehen gegenüber der Bevölkerung, bestärkt die Wut der Bevölkerung nur noch weiter, anstatt sie zu stillen. Die spektakuläre Nicht-Erwähnung der Größe der Kundgebung (Anm. d. Red.: bis zu 200.000 Menschen), sowie die verbreiteten Unwahrheiten über die Riots und das Anzünden von Gebäuden haben auch die letzte Illusion über den Erhalt von fundierten Informationen und Nachrichten durch die griechischen Medien zunichte gemacht. Die Medien haben unmissverständlich gezeigt, dass sie ein nicht zu unterschätzender Bestandteil des gesamtgesellschaftlichen Herrschaftsystems sind.

Die massive Wut der Bevölkerung wird mit Begriffen wie „Provokateurologie“ (z.B. Dezember 2008) diffamiert. Sei es, indem die Argumente der Regierung unterstützt und reproduziert werden oder indem die Medien ihre eigene Distanz zu der wirklichen sozialen Bewegung und deren Forderungen verleugnen. So oder so tragen die Medien mit ihren Mitteln zur Tendenz des Regimes namens „Rückkehr zur Normalität“ (ob durch Wahlphantasien oder den gewohnten „organisierten“ Paraden) bei. Schon jetzt bereitet der alles überspannende mediale Fokus auf die „Zerstörungen“ durch die angeblichen „Provokateure“ den Nährboden für härtere Repression und Einschneidung von Rechten. Denn jeder der sich erhebt macht sich zur Zielscheibe. Die 199 „Ja“-Stimmen (Anm. d. Red.: des griechischen Parlamentens zu einem

weiteren Sparpaket) können nicht die Millionen Nein-Stimmen, die am 12. Februar erschallt sind, übertönen. Wir haben nicht unterschrieben oder abgestimmt und deswegen machen wir weiter. Aber diese „Sonntage“ reichen nicht. Eine entschlossene Steigerung des Kampfes bedeutet die Formierung der Selbstorganisation und die Selbstverwaltung am Arbeitsplatz weiter zu entwickeln und weiter zu verbreiten. Wir zielen auf Besetzungen kommunaler und staatlicher Gebäude, auf die Blockade der kapitalistischen Produktion und des Konsums, aber auch auf die horizontalen, anti-hierarchischen Versammlungen allerorts, die die Direkte Demokratie sowie die Selbstbestimmung ermöglichen. **MIT KOLLEKTIVEN, DIREKTEN KÄMPFEN, WERDEN WIR DEN UNS**

ZUSTEHENDEN SOZIALEN REICHTUM ERLANGEN. JETZT KÖNNEN WIR UNSER LEBEN IN UNSERE HAND NEHMEN! WIR SIND VIELE, SIE SIND WENIGE UND UNERWÜNSCHT. ENTWEDER SIE ODER WIR! FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN AUS DEN BISHERIGEN MOBILISIERUNGEN! STOPP JEDLICHER VERFOLGUNG VON SICH ERHEBENDEN! FREISPRUCH FÜR DIE VERHAFTETEN DER BESETZUNG DES ATHENER RATHAUSES.

AM SONNTAG, 19. FEBRUAR, WIEDER ZUM SYNTAGMA-PLATZ SOZIALE REVOLUTION – DIREKTE DEMOKRATIE ÜBERALL

Zeitung Drasi

Athen, 17. Februar 2012, efimeridadrasi.blogspot.com

(Anm. der Übers.: Drasi = Aktion)

Aus dem Griechischen übersetzt von John Malamatinas und Said Jarrah.

ANTIZIGANISMUS AUF DEM VORMARSCH

Der momentane Verlauf der kapitalistischen Verwertungskrise in Europa macht uns schmerzlich bewusst, dass diese bis jetzt in erster Linie zu einer Stärkung des Kapitals beitrug. Die Angriffe auf die Lohnabhängigen gehen bis hin zur kompletten Verwüstung der sozialen Infrastruktur, wie es sich gerade in Griechenland zeigt. Diese spürbaren Verschlechterungen der Lebensbedingungen gehen leider bei den meisten Menschen nicht mit einer Stärkung des Klassenbewusstseins einher. Stattdessen ist in den letzten Jahren eine Zunahme autoritärer und menschenfeindlicher Denkmuster zu beobachten. Eine solche – im deutschen Diskurs meist vernachlässigte – Einstellung, die sich durch Verachtung von bestimmten Menschengruppen kennzeichnet, ist der sogenannte Antiziganismus – die Feindschaft gegenüber Sinti und Roma.

Das antiziganistische Denken kann gerade in Zeiten ökonomischer Verwerfung für manche Menschen als attraktiv erscheinen, liegt ihm doch eine klassische ökonomistische, binäre Aufteilung in strebsam – faul, wertschaffend – wertverzehrend zugrunde. Sinti und Roma wird so nachgesagt, dass sie anhand der ihnen durch die Mehrheitsgesellschaft zugeschriebenen Attribute, keine für den gesellschaftlichen Gesamtkörper produktiv verwertbare Leistung erbringen würden.

Vor allem in osteuropäischen Ländern ist der Antiziganismus auf einem erschreckenden Vormarsch. Besonders in Ungarn werden die dortigen Roma, mit der Unterstützung der FIDESZ-Regierung von Viktor Orbán, systematisch fertiggemacht.



//die militante Vorhut des Antiziganismus in Ungarn

Einige Beispiele aus dem ungarischen Alltag:

Juli 2008 – drei Häuser werden beschossen

August 2008 – Brandanschlag auf ein Haus, in dem Kinder schlafen, Schüsse treffen eine alte Frau,

September 2008 – ein weiteres Haus, in dem eine Familie lebt wird beschossen, weitere Schüsse und Brandanschläge auf andere Häuser,

November 2008 – Brandanschlag auf ein Haus, als zwei Roma flüchten, werden sie erschossen,

Dezember 2008 – gezielte Schüsse auf einen Roma, der bis heute gehbehindert ist,

Februar 2009 – Brandanschlag auf ein Haus, als Vater und Sohn flüchten, werden sie erschossen,

April 2009 – eine Romni wird auf dem Weg zur Arbeit erschossen

August 2009 – eine Romni wird erschossen, ihr Kind überlebt schwer verletzt

Mindestens 48 Gewaltakte gab es zwischen 2008 und 2010.

Sechs Tote, kaltblütig und vorsätzlich ermordet und die erste Reaktion: Verhaftungen von drei Roma, die elf Monate in Untersuchungshaft bleiben, eine Presse, die den Hass schürt, von „Zigeunerkriminalität“ redet und Opfer zu Täter_innen macht. Erst im September 2009 erfolgt mit internationaler Hilfe die Festnahme von vier Männern; rechtsradikal, unter ihnen eine Person mit angeblichen Kontakten zum Nachrichtendienst.

Diejenigen, die im Blick der ungarischen Mehrheitsbevölkerung neben den Juden für wirtschaftliche Verfehlungen Schuld tragen, nämlich die Roma, leben zu über 50 % in Armut, haben keine Schulabschlüsse, sterben 10 Jahre früher als der Durchschnitt und müssen größtenteils in Ghettos hausen. Die Vorlage für Rassismus und Antisemitismus ist immer dieselbe und funktioniert erschreckend perfekt – in allen Ländern, auch in Ungarn mit gesellschaftlich akzeptierter tödlicher Gewalt.

Die Chance, dass ein aus Ungarn vor struktureller Gewalt gegenüber einer ethnischen Minderheit geflohener Roma in der Bundesrepublik Asyl bekäme, ist gleich null. Er würde nicht anerkannt, zumal er als EU-Bürger kein Recht dazu hätte, Schutz zu erhalten. Roma Migrant_innen aus Osteuropa, aber auch deutsche Sinti und Roma, sind nach wie vor überproportional von Armut, mangelnden adäquaten schulischen Angeboten und Arbeitslosigkeit bedroht. Insbesondere die Gefahr der Obdachlosigkeit von Familien, die damit oft verbundene Konsequenz, für das Wohl der Kinder nicht mehr adäquat sorgen zu können und somit den Kindesentzug zu riskieren, bezeichnet einen ebenso aktuellen wie brutalen Teufelskreis.

Markus Bergmann

STRUKTURELLER RASSISMUS – DER NORMALZUSTAND

In der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft liegt der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit auf EU-Euro und Finanzkrise. Jedoch ist „die Krise“ kein neues Phänomen. Mit dem Kapitalismus einhergehend werden Ausschlusskriterien produziert und Menschen benachteiligt. Ausschluss zeigt sich da, wo Menschen nicht der kapitalistischen Verwertungslogik entsprechen. Dies wird exemplarisch deutlich an der EU-Außengrenzpolitik, die vor allem von der Agentur „Frontex“ durchgesetzt wird. „Frontex“ kann geschützt durch die rassistische Politik der EU agieren, die ihr einen scheinbar rechtsfreien Raum schafft. Dadurch sind Migrant_innen ihr nahezu Schutz- und machtlos ausgeliefert. Mit dem Konzept „Europa“ war von Anfang an und in

konstitutiver Weise die Abgrenzung nach außen verbunden.

Die Grenze um die EU wird von der eigens dafür geschaffenen Agentur „Frontex“ geschützt. „Frontex“ ist verantwortlich für die restriktive Überwachung von Meeresgrenzen und Flüchtlingslagern. Zugang zur EU und dem entsprechenden Lebensstandard erhalten dabei nur Leute, die eine wirtschaftlich gesicherte Stellung haben oder „triftige Asylgründe“ vorweisen können. Die Praxis Deutschlands und der EU bezüglich der Auslegung dieser Gründe, wird dabei stetig von Menschenrechtsgruppen kritisiert. Menschenrechtler_innen setzen sich gegen die immer restriktiveren Auslegungen ein und weisen auf Menschenrechtsverletzungen hin, an

denen die abschiebenden Regierungen beteiligt sind. In diesem Kontext sind neben den Lagern an den Außengrenzen die Praxis des Dublin II Abkommens, die Unterbringung in den einzelnen Nationalstaaten (samt „Residenzpflicht“ und Lebensmittelzuteilung in Deutschland) sowie das bewusste Nichthelfen von Schiffsbrüchigen seitens „Frontex“ anzuführen.

Nahrungsmittelknappheit und Armut gelten nicht als Asylgründe. Aber auch Menschen mit rechtlich anerkannten Gründen, können sich einer Aufenthaltsgenehmigung nicht sicher sein und müssen in ständiger Angst leben, abgeschoben zu werden. Sie werden vom Staat illegalisiert. Die neo- bzw. postkoloniale Situation mit ihren aktuell wirksamen globalen Strukturen,

bestimmt die heutige Welt. Dennoch wird sie nicht als Ursache für globale Migration, Flucht und Verfolgung akzeptiert. Die nach neoliberaler Logik immer offener werdenden Grenzen für Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, stehen einer geschlossenen und repressiven Asylpolitik gegenüber. Während der Kapitaltransfer zunehmend liberaler wird, ist die freie Lebensortbestimmung stark reglementiert.

Struktureller Rassismus zeigt sich jedoch nicht nur an den EU-Außengrenzen, sondern auch im gesellschaftlichen Leben und der Flüchtlingspolitik. Rassismus hat nicht nur einen politischen, sondern auch einen ökonomischen „Sinn“: Er stabilisiert politische und ökonomische Herrschaftsverhältnisse und sichert Privilegien. Der vielgenannte Skandal der sogenannten „Zwickauer Terrorzelle“, einer Gruppe von Nazis, die „People of Colour“ ermordete, und deren Tun von niemandem entdeckt, offenbar vom Verfassungsschutz sogar ermöglicht wurde, ist die Normalität und nur der Gipfel einer Gesellschaft, in der soziale Ungleichheit vorherrscht und in der Gerechtigkeitsprinzipien nicht für jede_n gelten. Die „Zwickauer Terrorzelle“ ist in ihrem ideologischen Konzept keine Ausnahmeerscheinung, auch wenn sie politisch gerne als eine solche betrachtet wird. Der Ausruf der Bundeskanzlerin „Das ist eine Schande für Deutschland“ zeigt, dass die deutsche Regierung versucht glauben zu machen, die BRD sei ein

multikultureller offener Staat, in dem ein Zusammenschluss wie der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) ein Einzelfall sei. Dabei wird außer Acht gelassen, dass nur wenige Monate nach dem Aufdecken der Greuelthaten der NSU, der Dessauer Bürgermeister lieber auf eine Konfrontation mit Nazis verzichtet als sich ihnen entschieden entgegenzustellen. Nicht nur dieser Vorfall macht deutlich, dass in Deutschland Rassismus und faschistische Ideologie in das alltägliche Leben integriert sind, jedoch Ignoranz der beliebteste Umgang mit dieser Thematik ist.

Auch sprachlich manifestiert sich struktureller Rassismus. Der Begriff „Dönermorde“ ist bezeichnend für die Wahrnehmung von Nicht-„Weißdeutschen“ durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft und macht deutlich in welcher verachtenden Art und Weise die Morde abgehandelt werden sollen. Bezeichnungen wie

„Dönermorde“ und „SoKo Bosphorus“ reproduzieren Stereotype, die in den Denkstrukturen der deutschen Mehrheitsgesellschaft verankert sind und durch staatliche Repressionsorgane ausgelebt werden. Diese finden unter anderem Ausdruck in den „Justizpannen“, die bei den Aufklärungen der Morde an Oury Jalloh (Dessau 2007) und Christy Schwundek (Frankfurt am Main 2011) sichtbar geworden sind. Ein weiteres Beispiel für staatliche Diskriminierung ist „Racial Profiling“ von Polizist_innen, die vermehrt solche Menschen kontrollieren, die ihnen nicht „weißdeutsch“ erscheinen und damit für sie offenbar „Verbrecher_innen“ darstellen. Die Forderungen „Für globale Bewegungsfreiheit!“ und „Für eine befreite Gesellschaft!“ bedeuten, sich gegen Nationalstaat, Rassismus und die kapitalistische Verwertungslogik zu positionieren.

No Border FfM



DAS ELEND (MIT) DER LOHNARBEIT

Sie werden zur Arbeit gehetzt, täglich von Vorgesetzten bevormundet und gedemütigt, zu Leistung und Konkurrenz angestachelt, gezwungen, der eigenen Gesundheit zu schaden, der Lohn zu gering und immer zu wenig freie Zeit für's wirkliche Leben – das ist der kapitalistische Arbeitsalltag derjenigen unter uns, die lohnabhängig sind. Die scheinbare Freiheit der Lohnabhängigen sich auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen, ist in Wahrheit die größte Unfreiheit und gewalttätiger Zwang. Dahinter steht das Privileg der KapitalistInnen, auf Kosten der Beschäftigten Profit einzufahren: Sie rauben den Mehrwert. Scheinbar bezahlen die KapitalistInnen die LohnarbeiterInnen, leben in Wirklichkeit aber auf deren Kosten. Sie eignen sich die Arbeit an, pressen sie den LohnarbeiterInnen ab.

Die Lohnabhängigen bekommen nur den Teil ihrer Arbeit als Lohn, der für ihre Reproduktion (die Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft, nicht ihrer Gesundheit) notwendig ist. Die Mehrarbeit, der über die Herstellungskosten hinaus geschaffene Mehrwert, wird grundsätzlich von den KapitalistInnen eingesackt. Viele Menschen lassen sich über die kapitalistischen Verhältnisse täuschen, sie nehmen diese Ausbeutung nicht wahr und bilden sich ein, für sich selbst zu arbeiten, weil sie auch konsumieren und ein bisschen Freizeit haben »dürfen«.

Getrieben von der gnadenlosen kapitalistischen Konkurrenz haben sich die Produktivkräfte (hier: Technologie, Wissenschaft, Maschinen) in den kapitalistischen Zentren explosionsartig entwickelt, so dass die notwendige Arbeitszeit drastisch reduziert werden könnte. Der Umfang der Warenproduktion könnte längst die Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen gewährleisten, wenn die Arbeit von den Fesseln der kapitalistischen Verwertung mit ihrem Zwang zur Profitmaximierung befreit würde.

Wenn der Produktionsprozess gesellschaftlich kontrolliert und das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben, wenn Technologie und Wissenschaft aus dem kapitalistischen Verwertungszwang befreit werden würden, der sie ge- und verformt hat, könnte die Zerstörung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens beendet



und die gesellschaftlich notwendige Arbeit auf ein Minimum reduziert und auf alle Menschen verteilt werden. Dann wäre die umfassende Emanzipation aller Menschen möglich, die erlöst vom herrschenden Zwang zur Lohnarbeit, frei und selbstbestimmt tätig sein könnten – nach ihren Interessen und Möglichkeiten.

Durch dauerhafte Arbeitslosigkeit verloren Teile der ArbeiterInnenbewegung ihre gemeinsame soziale Lage im Betrieb, die Grundlage ihres kollektiven Bewusstseins als Klasse gewesen war. **Die Gewerkschaften**, ihre Führungsschicht ist im Griff der staatsstragenden Parteien, zogen dem gemeinsamen Kampf die »Sozialpartnerschaft« mit Kapital und Staat vor. »Volksgemeinschaft im Kampf um nationale Standortinteressen« hieß jetzt die Parole. Das entpolitisierte die ArbeiterInnenklasse weiter, schürte Nationalismus und Rassismus und zerstörte Klassenbewusstsein.

Der gesellschaftliche Reichtum, den die Lohnabhängigen produzieren, wird ihnen immer stärker vorenthalten. Sozialdemokratische ReformistInnen aller Art beschleunigen diesen Prozess indem sie einen Niedriglohnbereich schufen während sie gleichzeitig Vollbeschäftigung predigten. **Niedriglohn bedeutet Armut**, Zwangsräumung, Altersarmut, geringe Sozialleistungen – aber hohe Profite für das Kapital. **SozialdemokratInnen unterwerfen Lohnabhängige dem Diktat des Kapitals**, damit tragen sie zur Befriedung statt zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse bei. Sie sind AgentInnen des Kapitals.

Dass die Parole »Vollbeschäftigung« immer nur schiere Ideologie war, zeigt schon die geschlechtsspezifische Verteilung der Lohnarbeit. In diesen patriarchal-kapitalistischen Herrschaftsstrukturen sind Frauen besonders benachteiligt. Ihre Arbeitskraft dient Staat und Kapital als Verfügungsmasse, um Schwankungen beim Arbeitskräftebedarf auszugleichen. »Karrierefrauen«, denen gern biologisch begründete soziale Kompetenzen zugesprochen werden, sind ein Beleg für die Modernisierung kapitalistischer Integrationsstrategien.

Kapitalistische Ethik stellt das Lebensrecht von Menschen in Frage, die »unproduktiv« geworden sind. Abwertung und Selektion von Menschen durchdringen die Gesellschaft. Die Versorgung von Alten und Kranken schadet dem Profit des Kapitals, das seinen Staat in Stellung bringt. Das »Gesundheitswesen« degeneriert zur reinen Klassenmedizin, Rentenversorgung und Arbeitslosenunterstützung werden zerstört.

Wer Lohnarbeit hat, wird durch Konsum und wachsende Anforderungen im Alltag »integriert« und gelähmt. Wer arbeitslos wird, hat »selbst schuld« und wird ausgegrenzt. Wer sich wehrt, bekommt es mit dem staatlichen Repressionsapparat zu tun. Hinter der Maske einer »demokratischen Gesellschaft« steckt längst der Überwachungsstaat. Er wuchert, solange es keine organisierte Gegenmacht gibt.

Lohnarbeit und Kapitalismus sind untrennbar miteinander verbunden. Die Lohnarbeit verschwindet nur, wenn der Kapitalismus abgeschafft wird. Ein wirkliches Grundeinkommen könnte nicht durchgesetzt werden, ohne dass es einen permanenten Klassenkampf von unten gäbe. Dieser müsste eine gleichstarke Gegenmacht zum Kapital institutionalisieren. Aber wenn sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis so verändert hätte, dann könnte der Kapitalismus mittels einer sozialen Revolution abgeschafft werden.

Uns geht es darum, für eine Gesellschaft zu kämpfen, die sich im Prozess der sozialen Revolution grundlegend verändert, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Waren, ohne Geld und Lohnarbeit. Nur wenn Menschen einer solchen Gesellschaft gemeinsam zum Durchbruch verhelfen, können sie die emanzipatorischen Potenziale der technologischen Errungenschaften nutzen.

Wie es ist, kann es nicht bleiben. Menschen arbeiten sich kaputt, Produkte sind minderwertig, oft schädlich und rasch unbrauchbar, das ist Teil der zerstörerischen kapitalistischen Logik. Technik, die nur auf mehr Profit ausgerichtet ist, kann durch Maschinen ersetzt werden, die dem Menschen dienen und ihm stupide, inhumane und krankmachende Arbeit abnehmen. Wenn Menschen über alles, was sie brauchen, verfügen können, ist es überflüssig, Gebrauchsgüter und Besitz anzuhäufen. Wenn Bedürfnisse sich auf diese Weise verändern, wird eine Vielzahl an Produktivkräften frei und die Arbeitszeit für alle kürzer. Die natürlichen Ressourcen werden geschont, die Zerstörung der Natur gestoppt.

Destruktivkräfte, also Technologien, die in keiner humanen Zukunftsgesellschaft brauchbar sind, weil sie nur dem Profit des Kapitals dienen, können beseitigt werden. Konsum dient dann einer guten Versorgung der Menschen und nicht mehr

der Kompensation eines fremdbestimmten, frustrierenden Lebens und Arbeitens. Damit schrumpft das Reich der Notwendigkeit und das Reich der Freiheit wächst. Gleichzeitig verändern sich die Beziehungen der Menschen untereinander vollständig. Es bringt keinen individuellen Nutzen, andere übervorteilen zu wollen. Arbeit hört auf, notwendiges Übel zu sein und wird zum Tätigsein. Befreite Arbeit verliert ihre scharfe Trennung zur freien Zeit für die unter den heutigen Bedingungen von Ausbeutung und Entfremdung wie für eine Zuflucht gekämpft werden muss.

In dieser Arbeit kann der Mensch zu sich selbst finden, Fähigkeiten erlernen und erproben, Kreativität entfalten, und gesellschaftlich Nützliches tun. Was und wie produziert wird entscheiden wir gemeinsam. **Radikal verwirklichter Humanismus, nichts anderes ist laut Marx der Kommunismus,** ist nur mit der vollständigen Abschaffung der Lohnarbeit und des kapitalistischen Verwertungszwangs möglich.

Ökologische Linke

Gekürzte Fassung eines Flugblatts.

Infos: www.oekologische-linke.de

IM SCHATTEN DER EZB – ZUR VERDRÄNGUNG IM OSTEND

Die Veränderungen, die sich in der neoliberalen Frankfurter Stadtentwicklung vollziehen, sind vielleicht hier im Ostend am deutlichsten zu spüren. Der Stadtteil hat sein Gesicht in den letzten zehn Jahren grundlegend verändert. Es galt früher als sozialer Brennpunkt, war ein Viertel proletarischen und, bis zu deren Vernichtung im Nationalsozialismus, jüdischen Lebens. In den vergangenen Jahrzehnten war es das letzte Viertel nahe der Innenstadt, welches mit seinem großen Anteil an Sozialwohnungen bezahlbar für gering verdienende Migrant_innen, Student_innen, Arbeiter_innen, Künstler_innen und Erwerbslose einem sehr gemischtem kulturellem Milieu einen Raum städtischen Lebens bot. Dieses fand seine Ausprägungen z.B. auf den Grill- und Fußballplätzen im Ostpark, den brachliegenden Flächen hinter der Großmarkthalle am Main, auf der Hanauer Landstraße, in Ateliers, Clubs, Kneipen etc. Auf der Hanauer Landstraße direkt vor der Großmarkthalle, dem Bauplatz der Europäischen Zentralbank (EZB), existierte noch bis vor 2 Jahren der sogenannte „Arbeiterstrich“, wo Arbeiter_innen unter dem Zwang, staatlicher Kontrolle in Form von Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis, sowie Steuerzahlungen auszuweichen, ihre Arbeitskraft „schwarz“ verkaufen konnten.



Diese Verhältnisse sind jedoch keineswegs zu romantisieren. Das Leben im Ostend war schon immer, ob in Zeiten der jüdischen Ansiedlung, oder dicht gedrängter Wohnblocks der Nachkriegszeit, ein Leben geprägt von Armut und bedrohter Existenz. Im Fall der Jüdinnen und Juden ging es über die schlichte Bedrohung der Existenz hinaus und wurde zur planmäßigen Vernichtung. Die Großmarkthalle war Ort der Deportationen aus Frankfurt in die Konzentrations- und Vernichtungslager Minsk, Lodz, Riga, Theresienstadt, Buchenwald und Auschwitz.

Heute bietet das Ostend schon von außen einen ganz anderen Anblick: Das Hoch'sche Konservatorium, die Frankfurt School of Finance and Management, Edelclubs und –restaurants, schicke Neubauten und Glasfassaden prägen das Bild der Hanauer Landstraße. Vor allem aber die im Bau begriffene EZB (stolz hat man schon die 75 m Marke gehisst) wird als Symbol den Charakter des Viertels bestimmen. Zwar sagen viele, der zukünftige Phallus Deutschlands und somit Europas verschönere den Stadtteil, dabei verkennen sie aber (in einer Geste unterwürfiger Identifikation mit

den eigenen Unterdrückern), dass die Ansiedlung der EZB im Ostend für die hier lebenden Menschen ganz konkrete, fatale Folgen hat. Denn der neue Wolkenkratzer ist nicht nur Symbol des neuen Ostends, er schafft auch das neue Ostend. Natürlich möchte man den neu angesiedelten Bänker_innen nicht zumuten ihre Geschäfte zwischen Schwarzarbeit und Sozialbauten verrichten zu müssen. Deshalb wird der Stadtteil planmäßig aufgewertet. Häuser werden luxussaniert, Plätze angelegt, Neubauten hochgezogen und Straßen erneuert, das Ostend (beziehungsweise die EZB) bekommt einen eigenen Autobahnanschluss, mitten durch den Stadtteil. So wird das Ostend auch für zahlungskräftiges Publikum attraktiv und für das Kapital profitabel. Der Rest entwickelt sich nun quasi von selbst. Durch die steigende Attraktivität des Viertels, die Sanierungen etc. steigen die Mieten, was finanziell schlecht gestellte Menschen aus den Häusern zwingt, zu Gunsten von Besserverdienenden. So ändert sich die Sozialstruktur im Stadtteil, die Armen müssen gehen, Wohlhabendere ziehen ein. Diese erzeugen dann auch Nachfrage nach ganz anderen Institutionen und Läden, oben genannte Edelclubs, teure Restaurants, Business- und Eliteschulen durch die die Gegend wieder attrak-

tiver, also teurer wird. Nach und nach wird ein Leben im Ostend unbezahlbar für die meisten Menschen, die dann in die abgelegenen Randbezirke gedrängt werden, fernab von den Privilegien städtischen Lebens. Dieser Prozess der Aufwertung, der unter dem Begriff Gentrifizierung gefasst wird, ist nicht nur im Ostend sondern in ganz Frankfurt im Gange. Auf diese Art und Weise wurden z.B. das Westend, Nordend und Bornheim aufgewertet und sozial umstrukturiert, jeweils mit dem Effekt, dass Geringverdienende und Erwerbslose verdrängt werden und einem reicheren Klientel Platz machen müssen. Doch im Ostend vollzieht sich dieser Prozess besonders schnell. Der Bau der EZB sorgte dafür, dass schon im Jahr 2010 das Ostend zum zweit teuersten Viertel Frankfurts wurde - nur noch im Westend sind die Mieten höher.

Dies ist eine Kehrseite des kapitalistischen Fortschritts. Sanierungen, Häuserbau, Parkanlagen, Straßenausbau, Verschönerung der Gegend etc. stellen an sich eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen im Stadtteil dar. Unter kapitalistischen Verhältnissen jedoch hat von diesen Verbesserungen der Großteil der

Menschen nichts. Im Gegenteil, sie wenden sich sogar gegen ihn, und werden ihm zum Übel. Das schöne Leben aber ist im Kapitalismus nur für einen kleinen, besitzenden Teil der Gesellschaft zu haben. Unser Kampf kann also nicht dem Fortschritt gelten, sondern dem Kapitalismus, aus dessen Verwertungslogik der Fortschritt zu Ausgrenzung führt, er nicht zu Gunsten der Armen und Proletarisierten, sondern auf deren Kosten genutzt wird.

Ebenso falsch wäre es bloß den Bösen Willen irgendwelcher Immobilienbesitzer_innen, für steigende Mieten und die Verdrängung verantwortlich zu machen. Dies verkennt den gesamtgesellschaftlichen Kontext der Gentrifizierung. Denn wenn Immobilienbesitzer_innen ihre Immobilien zum Zweck der Profitmaximierung sanieren lassen, um sie fortan zu höheren Preisen zu veräußern, ist dies in der kapitalistisch verwalteten Welt aus wirtschaftlicher Sicht ein schlicht rationaler Akt, der den Regeln des Systems entspricht. Aus den selben Gesetzmäßigkeiten heraus hat auch die Stadt das Interesse einzelne Viertel derart umzustrukturieren, dass sie attraktiv für private Investoren werden und ein sozial befriedetes Klientel anziehen und wird uns auf Dauer, auch wenn es natürlich richtig ist, sich z.B. für gesetzliche Mietobergrenzen einzusetzen, keine Hilfe sein, sondern wird sie unserem Kampf ihre Repressionsorgane entgegenstellen.

Doch so ernüchternd diese Entwicklungen für uns auch sein mögen, gilt es doch immer wieder klar zu machen, dass die Stadt noch längst kein so reibungslos laufender, befriedeter und ruhiger Raum ist, wie ihn die Herrschenden gerne hätten. Gerade die Stadt birgt das Potential die fortschreitende Vereinzelung zu durchbrechen, wohnen hier doch eine Vielzahl von Menschen auf engstem Raum zusammen. Gelänge es die Resignation sowie die Vereinzelung und die Spaltungen dieser Gesellschaft durch Nationalismus oder Rassismus zu überwinden, so könnte hier ein enormes Potential für die Wiederaneignung unseres gesamten Lebens entstehen. Ein Leben, das nicht mehr von den Verwertungsinteressen des Kapitals bestimmt ist. Ein Leben, in dem nicht mehr alle Bereiche wie Arbeiten, Wohnen, Verkehr und Kultur vermeintlichen „Sachzwängen“ wie etwa der ständigen Konkurrenz der Standorte untergeordnet sind. Kurz: Ein Leben, in dem wir die bestehenden (Raum-)Bedingungen nach unseren eigenen Bedürfnissen ändern.

campusantifa frankfurt

ERINNERUNG GEGEN DIE NATION KEINE VERSÖHNUNG MIT DEUTSCHLAND!

DIE GROSSMARKTHALLE ALS BEISPIEL DEUTSCHER ERINNERUNGSPOLITIK

Die Erinnerung an den Holocaust ist inzwischen in hegemonialen nationalen Diskursen wesentlicher Bestandteil des deutschen Selbstverständnisses. Das spiegelt sich in der offiziellen Erinnerungskultur wider, die sich im Laufe der Jahrzehnte den jeweiligen Ansprüchen gemäß verändert hat. Während die Nachkriegszeit noch von Verdrängung der nationalsozialistischen Verbrechen geprägt war, wurde der Holocaust inzwischen zum Bezugspunkt für die deutsche Nation, die ihr Selbstbewusstsein zunehmend auf den Stolz über ihre angeblich vorbildliche Aufarbeitung gründet. Dass es dazu kam, ist Ergebnis politischen Drucks, sei es international oder von Initiativen innerhalb Deutschlands. Diese Entwicklung einfach als Erfolg zu verzeichnen, wäre genauso zu kurz gegriffen, wie die Annahme eine Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit sei per se staatstragend.

Klar ist, dass es einer ernst gemeinten Auseinandersetzung nicht allein um das Erinnern an die Opfer gehen kann. Vielmehr müsste es auch um eine Auseinandersetzung mit den Täter_innen und den Ursachen gehen.

Eine staatstragende Form der Erinnerung beschränkt sich auf moralische Appelle, Formeln und Rituale und versperrt sich einer kritischen Auseinandersetzung. Kontinuitäten geraten aus dem Blick und der Akt der Einsetzung der „demokratischen Grundordnung“ gilt als eindeutiges Ende einer dunklen Vergangenheit.

Gedenkort werden somit vielfach zu steinernen, metallenen oder in Beton gegossenen Floskeln. So auch der geplante Gedenkort an der EZB auf dem Gelände der ehemaligen Frankfurter Großmarkthalle.

Die Frankfurter Großmarkthalle war lange ein wichtiger Bestandteil der städtischen Infrastruktur. Die gute Verkehrsanbindung zur Versorgung der Stadt diente ab 1941 aber auch für die Deportation von mehr als 10.000 jüdischen Bürger_innen Frankfurts. Wehalb Initiativen dort in den letzten Jahren die Einrichtung eines Gedenkortes forderten. Nun wird auf dem Gelände das neue Gebäude der EZB errichtet, womit größere Umstrukturierungen des ganzen Stadtteils einhergehen. Dabei soll auch ein Gedenkort geschaffen werden.

Einerseits soll das in Form eines Denkmals in der geplanten Parkanlage um das Gebäude erfolgen, ob ein Teil im Keller des Gebäudes zum Gedenkort wird ist unklar, klar ist aber, dass wenn das der Fall ist, dieser nur unter hohen Sicherheitsvorkehrungen betreten werden darf (Anmeldung, Passkontrolle, Kameraüberwachung etc.)

Erinnern verkommt hier zur gefälligen Parkdekoration oder wird unter strengen Sicherheitsvorkehrungen abgeschottet, aber zumindest kann niemand sagen, man würde die Geschichte ignorieren.

ERINNERUNG ALS KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER GESCHICHTE

Dass nationale Geschichtsschreibung mit nationalen Interessen in Einklang gebracht wird, ist kein Argument gegen die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangen-

heit, sondern macht diese aus emanzipatorischer Perspektive nur umso wichtiger.

Es gab besondere gesellschaftliche Bedingungen, die Auschwitz ermöglichten und diese leben verändert und unter anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen in der Gegenwart weiter und prägen die einzelnen Individuen. So bedarf es eines geschichtlichen Bewusstseins als Resultat einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte. Anstelle floskelhafter Bekenntnisse oder einer Identifikation mit den Opfern im Allgemeinen muss es um die Auseinandersetzung mit dem historisch-gesellschaftlichen und politisch Konkreten gehen. Eine solche Auseinandersetzung wirft Fragen auf, die über das historische Geschehen hinausgehen und Bezüge zur Gegenwart aufzeigen.

Eine Beschäftigung mit der Geschichte beinhaltet daher auch eine Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Formen der gesellschaftlichen Ausgrenzung. Bei dieser Auseinandersetzung geht es uns nicht um historische Vergleiche, die weder der Analyse der historischen noch der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse dienlich sind. Eine Gleichsetzung unter dem Banner der wissenschaftlich unhaltbaren Extremismustheorie behindert direkt antifaschistische Initiativen, die – wie der Fall der „NSU“ drastisch zeigt – dringend nötig sind.

Es geht darum, eine Lehre aus der Geschichte zu ziehen und Brüche aber auch Kontinuitäten deutlich zu machen. Eine der wesentlichen Fragen, die sich bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte ergeben, ist die nach Handlungsspielräumen innerhalb einer Gesellschaft, um sich Ungerechtigkeiten und Repression widersetzen zu können.

Eine Lehre, die aus der Geschichte gezogen werden muss, ist die, dass die Nation als per se auf Ausschließung basierende Gesellschaftsform grundsätzlich zu kritisieren ist. Eine sinnvolle auf deren Überwindung zielende Kritik erfordert darüber hinaus aber eine Analyse der konkreten historischen Bedingungen. Dazu gehört es in Bezug auf die historische Auseinandersetzung und das Gedenken auch, genauer hinzusehen, mit welcher Intention diese stattfinden, denn zunehmend steht Erinnerungspolitik im Einklang mit nationalen Interessen.

In den letzten Jahren wurde die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und das Gedenken an dessen Opfer immer häufiger instrumentalisiert – zur Stärkung nationalistischer Diskurse und/oder zur Rechtfertigung aktueller politischer Interventionen (z.B.: Begründung für den Kriegseinsatz deutscher Truppen im Kosovo). Eine kritische Auseinandersetzung ist folglich von staatlicher Seite kaum zu erwarten. Ein Grund, warum Orte kritischer historischer Auseinandersetzung jenseits staatlicher Abhängigkeiten und Einflussnahme besonders wichtig sind.

Gegen nationales Gedenken und Volksgemeinschaft! Gegen eine nationale Inszenierung der Geschichte!

Faites votre jeu!

TERMINE

ZUR AKTUELLEN ENTWICKLUNG IN GRIECHENLAND UND ÜBER DEN STAND DER M₃₁-MOBILISIERUNG

Do. 15.03. um 19:30 Uhr

Ort: KOZ, Studierendenhaus Uni Ffm, Campus Bockenheim

Während die Vibrationen der Geschichte immer spürbarer werden und uns bestätigen, dass wir tatsächlich eine historische Epoche erleben, gleicht Griechenland täglich mehr einem unregierbaren Land. Staatliche Institutionen werden missachtet, elementare demokratische Regeln funktionieren nicht, Gesetze werden straflos gebrochen. Im Gleichschritt mit Arbeitslosigkeit und Armut steigt die Gewalt auf allen Ebenen spektakulär an, der Staatsapparat scheint in Auflösung begriffen und die Verwaltungsbürokratie hält die Regierung schon seit geraumer Zeit für ihren Feind. Diese ist nicht in der Lage, die schulische Ausbildung zu gewährleisten, die Gesundheitsvorsorge sicherzustellen, Steuern einzutreiben und Steuerhinterzieher ausfindig zu machen, genauso wenig, wie sie es schafft, die selbst verabschiedeten Gesetze umzusetzen. Die Lage ist extrem unsicher und niemand weiß wohin die Reise geht ...“ (Eleftherotypia, 6.11.2011)

WEM GEHÖRT FRANKFURT-KONGRESS

Fr.-So. 16.-19.03., um 20 Uhr

Ort: Studierendenhaus, Bockenheim

www.wemgehoerdiestadt.net/kongress

WOHIN MARSCHIERT UNGARN?

Mo. 19.03. um 20 Uhr

Ort: FAU-Büro, Mühlgasse 13, Bockenheim

Die Veranstaltung soll einen Überblick über die völkisch-autoritären Entwicklungen im Donau-Land geben: über das politische Spektrum in Ungarn und die Kräfteverhältnisse, über die Tendenzen der Faschisierung und den Umgang mit Oppositionellen und Minderheiten sowie über die Arbeitsgesetze, die Wirtschaftspolitik und den Streit mit der EU. Anschließend Diskussion über die Bedeutung dieser Entwicklungen u.a. für Europa und die Euro-Krise.

EINFACH DEMONSRIEREN?!

Sa. 24.03., um 20 Uhr

Ort: *Faites votre jeu!*/Klapperfeld, Stadtmitte

faitesvotrejeu.blogspot.de

LETZTEN INFOS ZUR DEMO

Fr. 30.03., um 20 Uhr

Ort: Café ExZess, Bockenheim

EUROPÄISCHER AKTIONSTAG GEGEN DEN KAPITALISMUS

31. März 2012 - 14 Uhr - Frankfurt am Main / Hauptbahnhof

FAQ

Da es immer wieder Fragen rund um den M31 – das Netzwerk und den europäischen Aktionstag gegen den Kapitalismus – und andere geplante Aktivitäten gibt, hat die FAU Frankfurt ein kleines FAQ zusammen gestellt. Wir hoffen, die Hintergründe werden dadurch transparenter.

WAS IST M31?

M31 ist ein europaweites Bündnis verschiedener anarchosyndikalistischer und basisorientierter Gewerkschaften, antifaschistischer Gruppen und Organisationen aus dem antiautoritären Spektrum, die am 31. März zu einem europaweiten Aktionstag gegen die herrschende Krisenpolitik der EU und für eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Nationalismus mobilisieren.

WELCHE ZIELSETZUNG WIRD MIT DEM EUROPÄISCHEN AKTIONSTAG M31 VERFOLGT?

Das M31 Bündnis hat sich langfristige, weit über den 31. März hinausgehende Ziele gesetzt. M31 will der Herrschaft des Kapitals die Selbstermächtigung in den einzelnen sozialen Auseinandersetzungen entgegensetzen. M31 agiert dabei als Netzwerk mit antiautoritärem Selbstverständnis und nutzt die Möglichkeiten eines transnationalen Zusammenhanges in Zeiten eines globalen Kapitalismus zum Beispiel in Form der gegenseitigen Unterstützung.

WIE IST M31 ENTSTANDEN?

Die Idee zu einem europaweiten Aktionstag wurde anlässlich der Krisenzuspitzung, die sich derzeit am offensichtlichsten in Griechenland zeigt von dem seit mehr als 2 Jahren aktiven antinationalen und sozialrevolutionären Krisenbündnis Frankfurt (krise.blog-sport.de) entwickelt.

Nach mehreren kleineren und größeren Demonstrationen anlässlich der Krise entstand hier das Bedürfnis, auf das weltweite Diktat des Kapitalismus mit zahlreichen Verlierer_innen zu antworten. Zumindest innerhalb Europas soll die Zusammenarbeit des für die Abschaffung des Kapitalismus und die Etablierung antiautoritärer Gesellschaften kämpfenden Spektrums langfristig intensiviert werden. Ein weiterer Hintergrund waren die bisher öffentlich zu wenig wahrnehmbaren Proteste anlässlich der Krise innerhalb Deutschlands sowie die einseitige auf die Krisenpolitik der Troika ausgerichtete Berichterstattung in den deutschen Medien.

Ein europäischer Aktionstag scheint uns angesichts nationalistischer Spaltungsversuche, deutsch-französischer Machtpolitik und tiefer sozialen Einschnitte, die die Krise in den europäischen Ländern und über die Grenzen der Festung Europa hinaus bedeutet, das notwendige Mittel, die Auswirkung eben jener durch die Troika getriebenen Politik wahrnehmbar auszudrücken.

Auf einer ersten internationalen Konferenz am 10.12.2011. in Frankfurt wurde sich darauf geeinigt, die bestehenden sozialen Kämpfe in den einzelnen Ländern am 31. März in den Kontext der europäischen und internationalen Krisenfolgen zu stellen. Der gemeinsame inhaltliche Rahmen ist antinationalistisch und antikapitalistisch. Parteien und etablierte Gewerkschaften werden als Instrumente der kapitalistischen Krisenverwaltung betrachtet. Selbstermächtigung und der Unwille, die Krisenauswirkungen ausbaden zu sollen stehen im Vordergrund.

Darüber hinaus stellten wir einmal mehr fest, wie unterschiedlich die Krisenauswirkungen in den einzelnen europäischen Ländern sind.

Während die am M31 beteiligten Organisationen in Griechenland inzwischen mit dem weitgehenden Zusammenbruch der wirtschaftlichen Verhältnisse und hunderten von Todesopfern durch den Mangel an Medikamenten und Operationsmöglichkeiten in den Krankenhäusern konfrontiert sind, kämpft die ZSP in Polen gegen die organisierte und brutal vorangetriebene Entmietung ganzer Straßenzüge in Warschau.

In Spanien wehrt sich die anarchosyndikalistische Gewerkschaft CNT mit anderen Organisationen gegen die im EU Auftrag durchgesetzten Sparmaßnahmen in Höhe von 16 Milliarden Euro, die Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit und drastische Verschlechterungen der Rechte der Arbeiter_innen. Die CNT und andere versuchen daher zu einem Generalstreik zu mobilisieren.

M31 soll die sozialen Kämpfe in den einzelnen Ländern über nationale Grenzen hinweg in den Gesamtkontext der Krise stellen. Ansatzpunkte sind dabei die einzelnen landesweiten Bewegungen und jeweiligen Kristallisationspunkte.

Die Europäische Zentralbank ist dabei in Deutschland ein Symbol für die zerstörerische, menschenverachtende Machtpolitik der EU und die zweifelhafte Spitzenfunktion, die die deutsche Regierung dabei einnimmt.

WELCHE GRUPPEN UND ORGANISATIONEN SIND BISHER INVOLVIERT?

Die Initiatoren sind die antiautoritäre Alpha Kappa aus Griechenland sowie die Basisgewerkschaft ESE, die anarchosyndikalistischen Gewerkschaften CNT-Spanien, FAU (Deutschland) und ZSP (Polen), Gruppen und Organisationen aus dem antifaschistischen Spektrum in Deutschland, Österreich, das antiautoritär kommunistische Bündnis "ums Ganze" sowie ÖkoLinX – Antirassistische Linke.

Inzwischen haben sich zahlreiche Gruppen aus Deutschland, Griechenland, Belgien, Dänemark, Slowenien sowie aus Italien, den Niederlanden und der Schweiz hinzugesellt. (march31.net/de/demo/).

WIE SOLL DIE M31-AKTION IN FRANKFURT KONKRET AUSSEHEN?

In Frankfurt startet die Aktion um 14:00 Uhr mit einer Demonstration am Hauptbahnhof.

Das Ziel ist zunächst die geschlossene Ankunft des Demonstrationzuges an der EZB-Baustelle. Inzwischen haben verschiedene Spektren darüber hinaus ihr Interesse an einer symbolischen Bauplatzbesetzung angekündigt.

Der Aktionstag in Frankfurt soll ein deutliches Zeichen gegen die EU-Krisenpolitik und ihre dramatischen Auswirkungen in den einzelnen Ländern setzen. Hierfür sind kreative Begleitaktionen um und während der Demo, sowie verschiedene Redebeiträge geplant.

Unser Interesse an diesem Tag ist es, die Konfrontationen mit der Polizei so gering wie möglich zu halten. Das Gelingen wird im Wesentlichen davon abhängen, für welche Strategie sich die leitenden polizeilichen Einsatzkräfte an diesem Tag entscheiden. Von unserer Seite besteht der Wunsch nach einer Aktion mit vielfältigem und offenem Charakter, die über die Kreise der Aktivsten_innen hinaus vermittelbar ist.

Etwaige engmaschige Seitenbegleitung und andere polizeiliche Provokationen werden wir deshalb nicht nicht hinnehmen.

WIRD DIE EUROPÄISCHE AKTIONSKONFERENZ ENDE FEBRUAR EBENFALLS VOM M31 ORGANISIERT?

Nein, die Aktionskonferenz Ende Februar in Frankfurt wird von einem Spektrum aus Attac Deutschland, die Linke Hessen, Verdi Stuttgart, Grüne Jugend Bundesverband, Interventionistische Linke und anderen vorbereitet.

Zwischen M31 und der Aktionskonferenz gibt es lediglich einzelne Überschneidungen. So mobilisieren verschiedene Gruppen der IL zu M31 und zur Aktionskonferenz.

WAS HAT M31 MIT DEN PLANUNGEN ZU DEN EUROPÄISCHEN AKTIONSTAGEN MITTE MAI ZU TUN?

M31 hat in der Phase der Entscheidung für oder gegen den europäischen Aktionstag M31 die Interventionistische Linke in der Hoffnung auf eine gemeinsame Aktion zu Vorgesprächen eingeladen. Der Diskussionsprozess innerhalb der interventionistischen Linken war zum Zeitpunkt der Entscheidung jedoch noch nicht weit genug fortgeschritten, als dass eine gemeinsame Aktion am 31. März möglich schien. Einige Gruppen der IL unterstützen den europäischen Aktionstag M31 dennoch aktiv. Als Gesamtorganisation hat sie die IL jedoch entschieden, auf einer europäischen Aktionskonferenz Ende Februar, Aktionen mit differierender inhaltlicher Ausrichtung und Zielsetzung und anderen Bündnispartnern im Zusammenhang mit der Krise gemeinsam mit Attac, Verdi Stuttgart usw. vorzubereiten.

M31 beteiligt sich an diesen Vorbereitungen nicht, allerdings besteht ein solidarisches Verhältnis zu den für Mai geplanten Aktionen.

STEHT DAS VORBEREITUNGSTREFFEN AM 31. MÄRZ IN MAILAND IN ZUSAMMENHANG MIT DEM EUROPÄISCHEN AKTIONSTAG M31?

Nein. Bei dem Treffen in Mailand handelt es sich um ein Koordinierungstreffen zur Vorbereitung einer zentralen Aktion in Frankfurt, zu der Vorschläge auf der Aktionskonferenz im Februar vorbereitet werden sollen.

Weitere Informationen unter march31.net

M31 GROUPS

“...UMS GANZE!” ALLIANCE [DE] - ALPHA KAPPA [GR] - ANARCHO-SYNDICALISTISCHE BOND [NL] - ANTIFA BRUSSELS [BE]
ASSEMBLEIA POPULAR DO PORTO [PI] - AUTONOMOUS WORKERS UNION [UA] - CNT [ES] - SOZIAL REVOLUTIONÄRES KRISENBÜNDNIS FFM [DE]
DRASI [GR] - ESE [GR] - FAU [DE] - FEDERACIJA ZA ANARHISTI NO ORGANIZIRANJE [SI] - LIBERTÆRE SOCIALISTER [DK]
M31 COMMITTEE VIENNA [AT] - ÖKOLOGISCHE LINKE, BUNDESSPRECHERINNENRAT [DE] - SOCIAL WAR BRUSSELS [BE]
UNIONE SINDACALE ITALIANA USI-AIT [IT] - VRIJE BOND [NL] - WELDAAD [NL]